

ZUSAMMENFASSUNGEN

Andreas Kruck

Dynamiken privater Autorität und die Rolle des Staates: Eine neue Perspektive auf (De-) Privatisierungsprozesse

Der Beitrag identifiziert die Dynamiken privater Autorität über Zeit sowie gegenläufige Deprivatisierungsprozesse als empirisch-analytisch und politik-praktisch zentrale, aber bisher zu wenig erforschte Aspekte von privater Autorität und Privatisierung. Er plädiert für eine staatsfokussierte, aber dynamische theoretische Herangehensweise, die die empirische Möglichkeit ernst nimmt, dass Staaten eine asymmetrische Rolle bei der Autorisierung (Privatisierung) bzw. „Entmachtung“ (Deprivatisierung) von privaten *Governance*-Akteuren zukommt. Zu diesem Zweck erscheint eine Kombination der oftmals getrennt oder als rivalisierend betrachteten Theorieströmungen der Prinzipal-Agenten-Theorie, politökonomischer Ansätze zu privater Autorität und des historischen Institutionalismus vielversprechend.

Jörg Bogumil / Lars Holtkamp / Martin Junkernheinrich / Uwe Wagschal

Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite

Der Beitrag untersucht die exogenen und endogenen Verschuldungsdeterminanten auf kommunaler Ebene. Exogene Faktoren können von der Kommune nicht beeinflusst werden, während endogene Faktoren vor allem gemeindespezifisch wirken und vom politischen Wettbewerb vor Ort determiniert sind. Die Triangulation unterschiedlicher Methoden soll die einzelnen Befunde abstützen. Zur Anwendung kommen einerseits quantitative Forschungsmethoden sowie qualitative Methoden, wie Fallstudien und Interviews. Es zeigt sich, dass die Kommunalverschuldung nicht nur durch sozioökonomische, demografische oder Einnahmenfaktoren erklärt werden kann, sondern dass auch politisch-institutionelle Faktoren, wie etwa die Kommunalverfassung, die Parteizugehörigkeit des Bürgermeisters und die Größe des Kommunalparlaments, von Bedeutung sind. Die Fallstudien stützen überdies die These, dass Konkordanzarrangements in einer Gemeinde zu einer besseren Finanzsituation führen.

Till Cordes

Was Ratingagenturen von Staaten fordern

Ratingherabstufungen haben zu Kritik an den Bewertungsmaßstäben der drei großen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch geführt. Doch was fordern diese Agenturen von Staaten? Die bisherige Literatur verweist auf nur einige wenige makroökonomische Kennzahlen, auf denen Ratingagenturen ihre Länderratings basieren. Doch Ratingagenturen gehen darüber hinaus und fordern auch die Umsetzung konkreter Politikmaßnahmen von Staaten ein, wie dieser Beitrag in einer Textanalyse eines neuen Datensatzes mit mehr als 1200 Ratingentscheidungen seit 1995 zeigt. Für 72 Prozent aller Ratingände-

rungen führen die Agenturen politische Faktoren, wie Liberalisierungsmaßnahmen, internationale Abkommen sowie politische Stabilität und Wahlen, als zentrales Entscheidungskriterium in ihrer Begründung an.

Henrik Enderlein / Julian Schumacher / Christoph Trebesch

Schuldenkrisen im Wandel: Das neue Zeitalter von Staatsbankrotten und Umschuldungen

Dieser Aufsatz beschreibt unterschiedliche Typen von Staatsbankrotten und weist auf Veränderungen seit der Mitte der 1990er Jahre hin. Er zeigt, warum das Thema für die internationale und vergleichende politische Ökonomie von Bedeutung ist, warum aber gerade die empirische Literatur an erheblichen Mängeln leidet. Ein Staatsbankrott beschreibt sehr unterschiedliche Phänomene, die hier anhand von elf Kriterien dargestellt werden. Der Aufsatz stützt sich auf drei neue Datensätze, die deskriptiv auf Veränderungsprozesse hin ausgewertet werden. Dabei wird deutlich, dass sich bei ökonomischen Charakteristika, im juristischen und politisch-institutionellen Kontext sowie bei den Rahmenbedingungen im internationalen Finanzmarkt wichtige Veränderungen ergeben haben, die von der Forschung aufgegriffen werden sollten.

Lukas Haffert / Philip Mehrrens

Haushaltsüberschüsse, konservative Parteien und das Trilemma der Fiskalpolitik

Diese Studie analysiert die fiskalpolitischen Strategien konservativer Parteien in Ländern mit dauerhaften Haushaltsüberschüssen. Sie argumentiert, dass konservative Parteien eine Haushaltsausgleichsnorm als strategisches Instrument im Parteienwettbewerb einsetzen können, um politische Ziele wie die Senkung von Steuern und Staatsausgaben zu erreichen. Dieses Argument wird zunächst theoretisch mithilfe des Konzepts eines Trilemmas der Fiskalpolitik, dem alle Parteien ausgesetzt sind, entwickelt. Danach wird die Fiskalpolitik in Schweden und Australien seit den 1990er-Jahren empirisch analysiert. Dabei wird gezeigt, dass die dauerhafte Bewahrung von Überschüssen dort mit einem deutlichen Rückbau der Staatstätigkeit verbunden war und dass Parteistrategien dabei eine wichtige Rolle spielten.

Wilhelm Knelangen / Birte Meinschien

„Wir sollten aufhören, immer nur eine einzige Form von Demokratie für demokratisch zu erklären.“ Eine Antwort auf Rainer Eisfeld

In seinem Kommentar stellt Rainer Eisfeld die „Bestimmtheit“ der Aussagen über Michael Freunds Wirken in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik infrage. Eisfelds Versuch, mit einer selektiven Auswahl von Zitaten und Informationen seine These zu belegen, dass Freund kein überzeugter Demokrat war, gelingt jedoch nicht. Im ersten Teil des Beitrages werden die Fragen und Feststellungen Eisfelds genauer untersucht. Im zweiten Schritt zeigen wir, woran eine differenzierte Beurteilung von Freund in der Bundesrepublik anknüpfen könnte. Der Beitrag schließt mit Überlegungen über den weiteren Forschungsbedarf. Notwendig ist eine intensivere Beschäftigung mit dem Demokratieverständnis der „Gründerväter“, aber auch eine Diskussion über die theoretischen und methodischen Grundlagen der Fachgeschichte.